



KOK NEWSLETTER 01 // 11

INHALT

BERLIN, 18.04.2011

Kurzmitteilungen

- A. Neuigkeiten** _____ 1-5
- B. Veröffentlichungen des KOK** _____ 5-6
- C. KOK-interne Veranstaltungen** _____ 6-7
- B. Veranstaltungen** _____ 7-9
- E. Gesetzliche Neuerungen** _____ 9-11
- F. Informationsmaterial und Publikationen** _____ 11-12

Rubrik Wissen

A. NEUIGKEITEN

+++ 10 Jahre FRANKA e.V.

Am 10. Februar 2000 wurde in Kassel der Verein **FRANKA e.V.** gegründet. Am 15. Mai 2001 – vor nunmehr zehn Jahren – konnten dann zwei Sozialpädagoginnen mit der Arbeit beginnen. Der Name setzt sich aus den Worten FRAUen Nothilfe Kassel zusammen und „es klingt zugleich die Hoffnung mit ‚frank und frei‘ sein zu dürfen“ (Der Vorstand in der Broschüre zu 10 Jahre FRANKA). **Seit 10 Jahren hilft FRANKA Frauen, sich aus Gewalt und Zwangsprostitution zu befreien und einen Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu finden.** In ihrer Jubiläumsbroschüre „10 Jahre FRANKA“ wird beschrieben, was in den vergangenen Jahren erarbeitet wurde und welchen neuen Herausforderungen FRANKA sich stellen muss. Im Jahr 2008 hat sich FRANKA organisatorisch verändert. Die Beratungsarbeit übernimmt die Fachberatung FRANKA in der Trägerschaft des Diakonischen Werkes Kassel, der Förderverein „FRANKA e.V. – Wege aus der Gewalt fördern“ übernimmt die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Der Förderverein FRANKA e.V. ist Mitglied des KOK. Der KOK wünscht FRANKA weiterhin erfolgreiches Schaffen und dankt den Mitarbeiterinnen für ihre engagierte und wichtige Arbeit.

+++ 10 Jahre Deutsches Institut für Menschenrechte

Das **Deutsche Institut für Menschenrechte** (DIMR) feierte im März 2011 sein zehnjähriges Bestehen. Es wurde am 8. März 2001 auf einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestages hin gegründet. Das Deutsche Institut ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands gemäß den Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen. Zu seinen Aufgaben gehören **Politikberatung, Menschenrechtsbildung, angewandte Forschung zu menschenrechtlichen Themen sowie die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen.** Das Institut hat von Anfang an „mit seiner wissenschaftsbasierten Politikberatung konsequent die menschenrechtliche Perspektive in die rechtspolitischen und gesellschaftlichen Debatten eingebracht [...] Ein Menschenrechtsinstitut kann nicht bequem sein, auch nicht in einem Rechtsstaat. Denn auch dieser muss immer wieder an seine internationalen wie europäischen Menschenrechtsverpflichtungen erinnert werden.“ (Prof. Dr. Eibe Riedel, Vorsitzender des Kuratoriums des DIMR). Der KOK pflegt seit Langem einen engen Kontakt mit dem DIMR und hat bereits in mehreren Projekten mit dem Institut zusammengearbeitet. Das DIMR ist ein wichtiger Kooperationspartner des KOK. Der KOK gratuliert dem Deutschen Institut für Menschenrechte zu seinem Jubiläum und wünscht weiterhin eine erfolgreiche und engagierte Arbeit und Zusammenarbeit!

+++ Dokumentation: 10 Jahre Aktionsbündnis gegen Frauenhandel

Das **Aktionsbündnis gegen Frauenhandel**, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von rund 20 Organisationen und Verbänden aus dem bayerischen Raum, die sich informell zur Bekämpfung des Frauenhandels zusammengeschlossen haben, hat zu seinem 10jährigen Bestehen eine Dokumentation mit dem Namen „Dokumentation. 10 Jahre Aktionsbündnis gegen Frauenhandel“ veröffentlicht. Die Publikation dokumentiert die Entwicklung des Aktionsbündnisses und die Themenschwerpunkte der vergangenen Jahre. Dabei nimmt „die Dokumentation die vergangenen Tagungen in den Blick und informiert über Themen und Referenten“ (aus dem Text der Publikationsvorstellung). Ausgewählte Tagungsbeiträge sind in der Publikation abgedruckt. Sie kann als [PDF](#) heruntergeladen werden.

+++ Empfehlungen des Deutschen Instituts für Menschenrechte bzgl. des Menschenrechtsberichts der Bundesregierung

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) hat in einer **Stellungnahme zum neunten Menschenrechtsbericht der Bundesregierung** themenübergreifend Empfehlungen für die Bundesregierung ausgesprochen. Der [Menschenrechtsbericht](#) der Bundesregierung wurde zuletzt im Oktober 2010 veröffentlicht und behandelt den Berichtszeitraum vom 1. März 2008 bis zum 28. Februar 2010. In dem Bericht sollen sowohl die Entwicklungen im internationalen und europäischen Menschenrechtsschutz als auch die deutsche Menschenrechtspolitik behandelt werden. Beim Thema „Prävention und Bekämpfung von Menschenhandel“ bemängelt das Institut für Menschenrechte beispielsweise den fehlenden Bezug zu den Menschenrechten der Betroffenen und fordert für den gesamten Bericht eine stärkere inhaltliche Ausrichtung an menschenrechtlichen Problemen. Darüber hinaus sieht das Institut für Menschenrechte Lücken in der Offenlegung der Gründe für das Ausbleiben der Ratifikation der Europaratskonvention gegen Menschenhandel seitens der Bundesregierung. Die Empfehlungen können auf der [Homepage](#) des Instituts für Menschenrechte eingesehen werden.

+++ EU-Kommission ernennt EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels

Am 14. Dezember 2010 beschloss die Europäische Kommission, Myria Vassiliadou zur **EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels** zu ernennen. Aufgabe der Koordinatorin wird es sein, die Arbeit der Europäischen Organe, EU-Agenturen und -Einrichtungen, Mitgliedstaaten, Drittländer und internationale AkteurInnen weiter aufeinander abzustimmen. Sie soll darüber hinaus dazu beitragen, „bereits bestehende und für die Bekämpfung des Menschenhandels wichtige EU-Maßnahmen weiterzuentwickeln, neue Maßnahmen zu erarbeiten und eine übergreifende strategische Orientierung für die Außenpolitik der EU in diesem Bereich zu konzipieren“ (Europa Rapid Press). Die Koordinatorin ist direkt dem Generaldirektor der Generaldirektion Inneres unterstellt. Die Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels soll die Kohärenz zwischen den verschiedenen Politikbereichen – polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Schutz der Menschenrechte, Außenbeziehungen, Migrationspolitik sowie Sozial- und Arbeitsrecht – sicherstellen. Der KOK gratuliert Frau Vassiliadou und wünscht ihr einen guten Einstieg und viel Erfolg in ihrem Amt.

+++ „Runder Tisch Prostitution“ der Landesregierung NRW hat Arbeit aufgenommen

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Düsseldorf hat im Dezember des vergangenen Jahres die Einrichtung eines **„Runden Tisches Prostitution“** beschlossen. Neben dem Ministerium selbst, das die Federführung innehat, sollen verschiedene Vertreterinnen und Vertreter weiterer Landesministerien, Beratungsstellen, kommunaler Verbände und Prostituierte selbst an dem Tisch sitzen, um über mögliche Wege zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Stärkung des Selbstbestimmungsrechts und Sicherheit von im Prostitutionsgewerbe tätigen Personen zu diskutieren. Die erste Sitzung fand bereits im Januar dieses Jahres statt. Im Mittelpunkt stand dabei die Diskussion des Prostitutionsgesetzes aus dem Jahre 2002. Ergebnis der Sitzung ist, dass die Ziele des Prostitutionsgesetzes, nämlich die rechtliche und soziale Akzeptanz von Prostituierten zu kräftigen, aus Sicht des Runden Tisches nicht erreicht wurden. Denn wie die Evaluation des Gesetzes von 2007 zeigt, verfügen viele Sexarbeiterinnen/Sexarbeiter auch heute noch nicht über einen Arbeitsvertrag und ausreichenden Sozial- und Rentenversicherungsschutz. Der „Runde Tisch Prostitution“ sieht seine Aufgabe darin, weitere Mängel aufzudecken und

Lösungen auszuarbeiten. Der KOK begrüßt die Einrichtung des Runden Tisches und wünscht viel Glück und gutes Gelingen für die weitere Arbeit.

+++ Start des Bundesmodellprojektes DIWA – Der individuelle Weg zur Alternative. Umstieg als Perspektive für Frauen in der Prostitution

Am 22. März 2011 fand die **Auftaktveranstaltung des Projektes DIWA** in Berlin statt. DIWA ist ein Bundesmodellprojekt von Goldnetz e.V. in Kooperation mit Hydra e.V. – Treffpunkt und Beratung für Prostituierte (Mitglied im KOK) und Goldtausch e.V. KONTOUR und wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. **DIWA wendet sich an Sexarbeiterinnen, die perspektivisch über einen Umstieg nachdenken und sich weiterbilden und qualifizieren möchten.** Das Projekt unterstützt Frauen zielgerichtet mit Angeboten der Beratung und Begleitung bei der beruflichen Neuorientierung und knüpft dabei an die eigenen Ressourcen und Kompetenzen der Frauen an, die sich diese in ihrem bisherigen Berufsleben erworben haben. Die Beratung ist vertraulich und kann zunächst anonym erfolgen. Für die Teilnahme am Projekt ist die vollständige Aufgabe der Prostitution keine Voraussetzung. Die Mitarbeiterinnen von DIWA stehen dienstags bis donnerstags zur Verfügung. Telefonische Beratung findet am Dienstag von 10-14 Uhr, am Mittwoch in einer Abendsprechstunde von 16-20 Uhr und am Donnerstag von 10-14 Uhr über die Infoline 030 57 70 57 28 statt. Weitere Informationen finden sich unter www.diwa-berlin.de. Der KOK begrüßt das Projekt, freut sich auf einen regen Erfahrungsaustausch und wünscht viel Erfolg!

+++ 100 Jahre Internationaler Frauentag

In diesem Jahr wurde am **8. März** zum **100. Mal der Internationale Frauentag** gefeiert. Das Motto des ersten, im Jahre 1911 von Clara Zetkin ins Leben gerufenen Frauentages war: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“. Im Laufe der Jahrzehnte und der unterschiedlichen politischen Situationen in Deutschland und der Welt, veränderte sich der Fokus, auch, nachdem in Deutschland 1918 das Frauenwahlrecht eingeführt wurde. Es ging verstärkt um die Einsetzung für Frieden in der Welt, um den legalen Schwangerschaftsabbruch, um gleichen Lohn, um den Kampf gegen Gewalt an Frauen etc. Um den Frauentag ranken sich viele Mythen. Sicher ist, dass er aus der sozialistischen Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts heraus geboren wurde und aufgrund dessen bis heute einen schwierigen Stand in der westlichen Frauenbewegung der 1970er Jahre hat. Heute wird der Frauentag weltweit regelmäßig zum 8. März begangen, seitdem das Datum 1977 von der Generalversammlung der UNO als Internationaler Frauentag anerkannt wurde. **Zum 100. Jubiläum** wählte die UNO das **Thema: „Gleicher Zugang zu Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Technik: Wege zu einer menschenwürdigen Arbeit für Frauen“**. Die Mitgliedsorganisationen des KOK waren dieses Jahr wieder sehr kreativ und veranstalteten zahlreiche Aktionen und Kampagnen (Auszug):

- Kobra/Phoenix aus Hannover veranstaltete eine Ausstellung mit zwölf Plakaten aus zwölf Ländern, um zu zeigen, wie in anderen Ländern der Frauentag gefeiert wird und welche Rechte Frauen in unterschiedlichen Ländern haben. Zudem las Elisabeth von Dücker aus ihrem Buch „Sexarbeit: Prostitution – Lebenswelten und Mythen“.
- Die Hurenselbsthilfe aus Saarbrücken veranstaltete ein Frauenforum inklusive Frauenfrühstück und ließ Frauenliteratur in öffentlichen Verkehrsmitteln vorlesen. Später im Jahr soll es noch einen Frauenlauf geben.
- Die IFFF veranstaltete mit dem Frauenforum Aichbach-Friedberg einen Frauenempfang zum Thema „100 Jahre Frauentag: eine kritische Bilanz“. Die Leiterin des Instituts für Medienverantwortung Erlangen Dr. Sabine Schiffer hielt einen Vortrag.

- Die Beratungsstelle ZORA aus Mecklenburg-Vorpommern ließ eine Frauenpowerbahn fahren, in der Infos zum Frauentag und zu Frauenthemen verteilt wurden.
- Solwodi Berlin beteiligte sich in Steglitz-Zehlendorf an einem Infostand an dem alle Frauenorganisationen des Stadtteils sich vorstellen konnten.
- Agisra e.V. aus Köln veranstaltete eine Podiumsdiskussion im Landtag und liefen beim Karnevalsumzug in Köln mit, um auf ihre Themen aufmerksam zu machen.
- Die Fachberatungsstelle Düsseldorf veranstaltete eine politisch ausgerichtete Demonstration von mehreren Frauenrechtsorganisationen.
- Hydra aus Berlin organisierte eine Veranstaltung zum Thema „Tee im Bordell“ bei der sowohl ein Wohnungsbordell als auch die Sexarbeiterin/ Betreiberin von "Sexclusivitäten"/ Sex-Beraterin/ Mediatorin/ Kommunikationswissenschaftlerin Dr. Laura Méritt, die im März Veranstaltungen unter dem Titel „[MösenMonat März 2011](#)“ organisiert hatte, besucht wurden.
- KOOFRA aus Hamburg organisierte Workshops mit Frauenverbänden und verfasste einen Beitrag zur Festschrift „100 Jahre Frauentag“.

+++ Übersicht zu Einrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen in Baden-Württemberg

Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren des Landes Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart stellt auf seiner Homepage eine aktuelle Übersicht zu **Einrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen** bereit. In dieser Übersicht sind alle 41 Frauen- und Kinderschutzhäuser, 56 Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen, 38 Beratungsstellen für Opfer von sexueller Gewalt, 4 Fachberatungsstellen für von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsverheiratung bedrohte oder betroffene Frauen und Mädchen sowie 26 Notrufe in Baden-Württemberg aufgeführt. Die Einrichtungen sind sowohl von Kirchen, Städten als auch vom Landkreis initiierte Hilfsangebote. Darüber hinaus bietet das Ministerium auf seiner [Homepage](#) zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ zahlreiche Informationen über Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen wie beispielsweise zum Platzverweisverfahren bei häuslicher Gewalt, zu Hilfsangeboten der Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie zu einzelnen themenspezifischen Projekten (bspw. Projekt „SIGNAL – Intervention im Gesundheitsbereich gegen Gewalt an Frauen e.V.“). Die Übersicht zu Einrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen kann [hier](#) abgerufen werden.

+++ Neue Projektwebsite „Aktiv gegen Diskriminierung“ vom Deutschen Institut für Menschenrechte online

Anfang März hat das **Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR)** seine **neue Website** zu dem **Projekt „Diskriminierungsschutz: Handlungskompetenz für Verbände“** online gestellt. Durch das Projekt sollen „der Diskriminierungsschutz durch Verbände gestärkt und eine menschenrechtliche Kultur der Chancengleichheit gefördert werden“ (Website). Das Projekt verfolgt einen „horizontalen Ansatz“ (Website) und setzt sich demnach gleichermaßen mit dem Schutz vor rassistischer Diskriminierung wie auch vor Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Identität oder Orientierung, des Alters, der Religion und Weltanschauung oder einer Behinderung auseinander. „Die Website informiert über die Arbeit des Projekts, über Rechte- und Beteiligungsmöglichkeiten für Verbände in Gerichts- und Beschwerdeverfahren zum Diskriminierungsschutz (in sieben Sprachen) und präsentiert die zentralen rechtlichen Grundlagen und eine umfangreiche Linksammlung zum Thema“ (Projektkoordinatorin Nina Althoff). Darüber hinaus gibt es einen geschlossenen [Mitgliederbereich](#), der als Diskussionsforum dienen soll.

+++ Website des Landes Brandenburg zur Arbeitnehmerfreizügigkeit

Anlässlich des Inkrafttretens der Arbeitnehmerfreizügigkeit am 1. Mai 2011 hat das Ministerium für Arbeit, Frauen, Soziales und Familie des Landes Brandenburg eine [Website zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit](#) eingerichtet. Auf der Webseite finden sich Informationen unter anderem zur deutsch-polnischen Arbeitsgruppe Brandenburg/Lubuskie sowie zur interkulturellen Öffnung für Arbeitgeber und öffentliche Verwaltung. Außerdem stehen für Personen, die ihre im Ausland erworbene Qualifikation (Schule, Berufsausbildung, Studium) im Land Brandenburg anerkennen lassen möchten, auf der Seite Hilfestellungen zur Anerkennung zur Verfügung.

B. VERÖFFENTLICHUNGEN DES KOK

+++ Expertise zum Thema Zwangsverheiratung

Im Dezember 2010 hat der KOK eine Studie zum Thema Zwangsverheiratung in Auftrag gegeben. Die Studie besteht aus zwei Teilen. Zum einen aus einem rechtlichen Teil, welcher von Kirsten Koopmann-Aleksin verfasst wurde und der insbesondere das vom Bundestag am 17.03.2011 verabschiedete und im Vorfeld viel diskutierte sogenannte Zwangsheiratsbekämpfungsgesetz behandelt. Zum anderen aus einem praktischen Teil, welcher von Derya Zeyrek verfasst wurde und sich mit Hintergründen, Betroffenen, Beratungsansätzen und Prävention befasst. Zudem werden exemplarisch zwei Projekte vorgestellt. Die Studie wird voraussichtlich Ende April veröffentlicht und kann dann auf der Webseite des KOK herunter geladen werden.

+++ Poster „Finanzielle Ansprüche der Betroffenen von Menschenhandel, Gewalt, Arbeitsausbeutung

Auf internationaler Ebene wird derzeit das Projekt „**COM.PACT**“ durchgeführt, welches sich mit dem Thema Kompensation und Lohnansprüche für Betroffene des Menschenhandels auseinandersetzt. Bei dem Projekt geht es darum, während der dreijährigen Laufzeit mithilfe konkreter Maßnahmen in den 13 beteiligten Partnerländern systematische Zugangsbarrieren zu Entschädigungszahlungen abzubauen, Entschädigung als Querschnittsthema in nationale und europäische Verfahrensweisen und Praktiken einzubringen und für von Menschenhandel Betroffene systematisch und nachhaltig zugänglich zu machen, u.a. mittels Präzedenzverfahren/Testverfahren. Der KOK ist Mitglied der Steuerungsgruppe dieser europaweiten Koalition. Das Projekt wird koordiniert von La Strada International (Amsterdam) und Anti-Slavery International (London). Im Rahmen dieser thematischen Auseinandersetzung hat der KOK in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte einen **Handlungsleitfaden** in Form eines Posters/Schaubildes mit dem Titel „Finanzielle Ansprüche der Betroffenen von Menschenhandel, Gewalt, Arbeitsausbeutung“ entwickelt. Er richtet sich an Mitarbeiterinnen von Fachberatungsstellen aber auch an AnwälteInnen und andere AkteurInnen, die Betroffene von Menschenhandel beraten und begleiten. Dieser Handlungsleitfaden wurde Anfang des Jahres 2011 an die Mitgliedsorganisationen des KOK e.V. verteilt, die ihn zudem in den bestehenden regionalen Netzwerken verbreiten können. Das Schaubild kann auf der [Homepage](#) des KOK eingesehen sowie in der Geschäftsstelle bestellt werden. Weitere Informationen zum Projekt COM.PACT finden sich unter diesem [Link](#).

+++ E-NOTES - Bericht zu Menschenhandelspolitiken der EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht

Im April 2010 startete das Projekt "E-NOTES - European NGOs Observatory on Trafficking, Exploitation and Slavery", welches mit Hilfe kooperierender NGOs aller 27 EU Mitgliedsstaaten die im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels arbeiten, eine Datensammlung zur jeweiligen nationalen Menschenhandelspolitik und -situation erstellt hat. In den EU-Mitgliedsstaaten wurden zu ausgewählten Themen (Identifikation, Zugang zu Unterstützung, Rechtssetzung etc.) Länderprofile erstellt, die einen vergleichbaren Überblick über das Phänomen Menschenhandel (alle Formen) und seine Bekämpfung in den einzelnen Ländern der Europäischen Union geben sollen. Für Deutschland war der KOK als kooperierende NGO verantwortlich. Inzwischen wurde der Bericht mit dem Titel „**Report on the implementation of anti-trafficking policies and interventions in the 27 EU Member States from a human rights perspective (2008 and 2009)**“ veröffentlicht und kann auf der [Homepage](#) des KOK eingesehen werden. Nicole Garbrecht hat für den KOK als country Researcher teilgenommen und das „Country Profile Germany“ verfasst, welches einen Überblick über die Menschenhandelssituation in Deutschland gibt.

+++ Parallelbericht der Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland zum fünften Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte veröffentlicht

20 zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke (WSK-Allianz) haben den Vereinten Nationen einen **Bericht über die Lage der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in Deutschland** vorgelegt. Am 6. und 9. Mai wird die deutsche Bundesregierung dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte über die Umsetzung dieser Rechte in Deutschland Rechenschaft ablegen. Die Nichtregierungsorganisationen der WSK-Allianz werden bereits am 2. Mai dem Ausschuss die in Ihrem Bericht geschilderten Probleme bei der Umsetzung sozialer Menschenrechte in Deutschland schildern. Anschließend wird der UN-Ausschuss Empfehlungen an Deutschland aussprechen. Der KOK ist Mitglied in der WSK-Allianz und hat zum Thema „Menschen- und Frauenhandel“ einen Beitrag verfasst. Der Bericht kann [hier](#) eingesehen werden.

C. KOK-INTERNE VERANSTALTUNGEN

+++ KOK-Mitgliederversammlung am 03.03.2011

Am 03. 03. fand die **1. Mitgliederversammlung des KOK e.V. des Jahres 2011** im Haus der Caritas in Berlin statt. Neben dem Sachstandsbericht der Geschäftsstelle gab es einen Austausch zum Thema „100 Jahre internationaler Frauentag“ sowie eine Diskussion zur „Erarbeitung eines Profils einer Fachberaterin für Betroffene von Menschenhandel“. In einem gemeinsamen Austausch wurde hier über berufliche Qualifikationen, berufsfachliche Kompetenzen, zielgruppenspezifisches Fachwissen sowie die fachliche Anbindung und Erweiterung des berufsfachlichen Wissens diskutiert und Qualitätsmerkmale erarbeitet. Der KOK wird im Jahr 2011 ein Qualitätshandbuch mit dem Titel „Handbuch zur Aus- und Fortbildung und Qualitätssicherung für Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel“ veröffentlichen, in welchem unter anderem das ausführliche Profil einer Fachberaterin für Betroffene von Menschenhandel einzusehen sein wird. In einem abschließenden Austausch wurden von den Mitgliedern Arbeitsaufträge an den KOK formuliert, welche als Themen im Jahr

2011 durch die Geschäftsstelle bearbeitet werden.

D. VERANSTALTUNGEN

+++ Teilnahme des KOK an der Jahresklausur des Forum Menschenrechte

Vom 20. bis 22. Januar 2011 fand in Schmerlenbach die **Jahresklausur des Forum Menschenrechte** statt, in welchem auch der KOK Mitglied ist. Anna Dlugosch, derzeit Praktikantin beim KOK, war vor Ort, um den KOK zu vertreten. Hauptthema der Jahresklausur war **„Menschenrechte noch immer in der Defensive – Die Folgen des 11. September 2001 für den nationalen und internationalen Menschenrechtsschutz bis heute mit besonderer Berücksichtigung von Afghanistan“**. Dazu gab es verschiedene Plenums-Diskussionen sowie verschiedene Arbeitsgruppen, die die einzelnen Aspekte dieses Themas herausarbeiten sollten. Im Laufe der Klausur trafen sich auch die regulären AGs des Forums. Der KOK ist in der AG „Frauenrechte“ und der AG „Innenpolitik“ vertreten. Bei dieser Klausur nahm der KOK an der Sitzung der AG „Frauenrechte“ teil. Als wichtige Themen wurden Integrationskurse, Zwangsverheiratung und Ehebestandszeit, Beobachtung der europäischen Gesetzgebung zu Menschenhandel und Gewalt an Frauen sowie Genitalverstümmelung genannt. Die Klausur endete mit der Vorstellung der einzelnen AGs im Plenum.

+++ Dritter BKA-KOK-Workshop

Vom 15. bis 16.03.2011 fand in der Sparkassenakademie Budenheim der **dritte Kooperations-Workshop des BKA und des KOK e.V.** (mit finanzieller Unterstützung des BMFSFJ) zum Thema **„Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft“** statt. Dieser beendete damit eine dreiteilige Workshopserie, die im Jahr 2010 begonnen hatte. Hauptziel des Workshops waren der fachliche Austausch sowie die Betrachtung der Thematik „Menschenhandel“ aus verschiedenen Perspektiven. Die Teilnehmenden kamen aus unterschiedlichen Bereichen wie Beratungsstellen, Polizei und Staatsanwaltschaft. Neben der Möglichkeit des Austausches zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bot Herr Dr. Marcus Preusse von der Staatsanwaltschaft Hannover mit seinem Referat zum Thema **„Rechtliche Rahmenbedingungen: Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft § 233, 233a StGB“** einen umfassenden Überblick über die momentane Rechtslage. Ein weiteres Referat von Micha Heilmann von der Gewerkschaft NGG informierte über die Rolle der Gewerkschaften und verdeutlichte, dass der Zugang zu den Betroffenen von Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft oft sehr schwierig sei und kaum oder kein Kontakt zu Betroffenen bestünde. Zudem erklärte er, dass die Möglichkeiten des Eingriffs von Gewerkschaften aufgrund des durch atypische Erwerbsverhältnisse (Leiharbeit, Werkvertragsarbeitnehmer) veränderten Arbeitsmarktes erschwert sind. Im Anschluss an die Referate und Diskussionen im Plenum wurde viel Zeit für die Arbeit in Gruppen zu verschiedenen Themen zur Verfügung gestellt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Veranstalter des Workshops bewerten die Tagung insgesamt als sehr positiv. Es wurden Handlungsempfehlungen und Arbeitsaufträge für die einzelnen zuständigen Stellen und ihrer Kooperation ausgearbeitet. Der KOK bedankt sich für die sehr gute Zusammenarbeit mit dem BKA bei der Ausrichtung der Workshopreihe und für das rege Interesse an den Veranstaltungen. Wir hoffen, derartige Workshopreihen, die sich immer wieder als unabdingbar für erfolgreiche langjährige Kooperationen beweisen, auch zukünftig miterarbeiten und ausrichten zu können.

+++ Teilnahme des KOK am Fachtag "Arbeitsausbeutung und Menschenhandel in Deutschland – Wie können betroffene Migrantinnen und Migranten in ihren Rechten gestärkt werden?"

Am 01.04.2011 fand in Berlin der **Fachtag "Arbeitsausbeutung und Menschenhandel in Deutschland – Wie können betroffene Migrantinnen und Migranten in ihren Rechten gestärkt werden"** statt. Die Veranstaltung wurde organisiert vom **Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) in Kooperation mit dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland**. Im Rahmen dieses Fachtages sollten verschiedene Fragen zum Thema Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft diskutiert werden, etwa: Was sind Formen von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung? Welche Rechte haben Betroffene und wie können sie diese durchsetzen? Welche Informations- und Unterstützungsmöglichkeiten bestehen für Betroffene? Wie können Betroffene von Menschenhandel und Ausbeutung durch Beratende identifiziert werden? Welche Rolle spielen Beratungsstellen und Organisationen der Migrations- und Flüchtlingsarbeit und welche Handlungsbedarfe gibt es für sie? Der Fachtag sollte dazu dienen, über Arbeitsausbeutung und Menschenhandel als Thema in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit zu informieren, Ansätze in der praktischen Arbeit vorzustellen und einen praxisbezogenen Austausch zu ermöglichen. Er richtete sich an Beraterinnen und Berater, Fachreferentinnen und Fachreferenten aus der Migrations- und Flüchtlingsarbeit und aus Beratungsstellen gegen Menschenhandel sowie Mitarbeitende staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen und Einrichtungen, die sich gegen Arbeitsausbeutung von Migrantinnen und Migranten einsetzen (wollen). Ulrike Gatzke, Vorstandsfrau des KOK e.V., moderierte ein Praxisforum zum Thema „Zugang zu (potenziell) Betroffenen von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel – Erfahrungen aus der Migrations- und Flüchtlingsberatung und gewerkschaftlichen Initiativen“.

+++ Rechtsseminar „Prostitutionsgesetz“

Vom 12. bis 13. Mai 2011 findet im Tagungshaus Schacht III in Bochum das **Rechtsseminar „Prostitution“** statt. Veranstalter ist die Heinrich-Böll-Stiftung NRW in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Recht/Prostitution NRW. Den Schwerpunkt des Seminars bildet das Thema Migrantinnen in der Prostitution. **„Das Seminar richtet sich an weibliche Fachkräfte in Beratungsstellen, die Sexarbeiterinnen bei der Legalisierung und Professionalisierung ihrer Tätigkeit unterstützen wollen.** Mehr als die Hälfte der Sexarbeiterinnen kommt aus dem Ausland. Frauen aus den Ländern der Europäischen Union können in Deutschland legal in der Prostitution selbstständig tätig werden. Frauen aus anderen Ländern hingegen unterliegen etlichen Einschränkungen. Im Zentrum des Seminars stehen deshalb die Themen: Rechte von Sexarbeiterinnen aus dem Ausland, Voraussetzungen, um in Deutschland arbeiten zu können und Ansprüche auf staatliche Leistungen und medizinische Versorgung“ (Homepage der Heinrich Böll Stiftung NRW). Der Anmeldebogen kann auf der [Homepage](#) der Heinrich Böll Stiftung NRW heruntergeladen werden.

+++ Rechtsseminare „Frauen und Migration“

Vom 27. bis 28. Mai 2011 findet im Jugendgästehaus in Bochum das **Rechtsseminar „Frauen und Migration“** statt. Veranstalter ist die Heinrich-Böll-Stiftung NRW in Kooperation mit agisra e.V. **Das Seminar richtet sich an alle Fachfrauen der Sozialen Arbeit, Frauen und Migrationsberatungsstellen, Frauenhäuser, öffentlichen und freien Träger der Jugend- und Sozialhilfe.** Ausgerichtet auf die Anforderungen der Beratungsarbeit werden **Grundkenntnisse und aktuelle Entwicklungen im Familien-, Migrations- und Sozialrecht** erarbeitet. Fallbeispiele, interaktive Lernformen und Arbeitshilfen erleichtern die Umsetzung für die Praxis.

In diesem Jahr stehen die Neuregelungen 2011 im Aufenthalts- und Sozialrecht für Migrantinnen im Mittelpunkt. Von diesen Änderungen sind insbesondere Frauen betroffen, die im Rahmen des Familiennachzugs kommen wollen oder gekommen sind, sowie Frauen, die in Deutschland zwangsverheiratet oder zu diesem Zweck ins Ausland gebracht wurden. Gleichzeitig wirken sich die Änderungen im SGB II beim Elterngeld und beim Kinderzuschlag für Migrantinnen auf die Sicherung des Lebensunterhalts und damit auch auf das Aufenthaltsrecht aus. Der Arbeitsmarkt verändert sich durch das Ende der Restriktionen für Unionsbürgerinnen aus acht Staaten und die Einführung der „Blue Card“. Das Anmeldeformular kann auf der [Homepage](#) heruntergeladen werden.

+++ Vortrag zum Thema „Neurologisch Funktionelle Reorganisation (NFR) – ein anderer Zugang zur Traumatherapie“

Am 15.04.2011 hält Katharina Binder (Sozialarbeiterin) einen Vortrag zum Thema: [Neurologisch Funktionelle Reorganisation \(NFR\) – ein anderer Zugang zur Traumatherapie](#). Durch Traumatisierungen entstehen nicht nur psychische Folgen sondern können auch neurochemische Prozesse im Gehirn auftreten, die das Gehirn schädigen können. Katharina Binder wird in ihrem Vortrag diese Prozesse vorstellen und aufzeigen „wie belastend sich dies auf die Befindlichkeit der traumatisierten Frau auswirken kann“ (Website). Sie will erläutern, wie notwendig es in einer Therapie ist, auch diese neurochemischen Prozesse mit zu berücksichtigen. Die Veranstaltung findet um 19.30 Uhr in Stuttgart statt und der Kostenbeitrag beläuft sich auf 5 Euro.

+++ Veranstaltung zum Thema „Indirekte Traumatisierung im Kontext professionellen Handelns“

Am 17.06.2011 um 11.00 Uhr findet in Berlin die Veranstaltung: [Indirekte Traumatisierung im Kontext professionellen Handelns](#) (Urania e.V. Berlin, An der Urania 17, 10787 Berlin) statt. Auf diesem Kongress sollen verschiedenen Ansätze in Forschung, Praxis und Fortbildung zum Phänomen der Indirekten Traumatisierung zur Sprache kommen. Dabei geht es um neurobiologische, traumatheoretische, psychoanalytische und systematische Ansätze. Der Kostenbeitrag beläuft sich auf 335 Euro.

E. GESETZLICHE NEUERUNGEN

+++ Stärkere Reglementierung des Betriebs von Prostitutionsstätten

Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 11. Februar 2011 (BR-Drucksache 314/10) die Bundesregierung aufgefordert, eine gesetzliche Regelung für den Prostitutionsbereich zu erlassen. Die **Gesetzesinitiative** geht auf das Bundesland Baden-Württemberg zurück, wo sog. Flatrate-Bordelle Empörung in großen Teilen der Öffentlichkeit ausgelöst hatten. Der Bundesrat sieht eine Gefahr für Leben, körperliche und seelische Unversehrtheit von Prostituierten. Diese sei auf die – mit der legalisierenden Wirkung des Prostitutionsgesetzes einhergegangenen – Einschränkungen von Kontroll- und Auskunftsbefugnissen der Polizei- und Ordnungsbehörden zurückzuführen. **Gegenstand des Gesetzes soll die Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten sein.** Auch umfangreiche Meldepflichten für Betreiberinnen und Betreiber sollen eingeführt werden, darunter beispielsweise die Anmeldung aller im Betrieb beschäftigten Personen sowie die Offenlegung aller Verträge mit den Prostituierten (z.B. Beschäftigungs-, Mietverträge, Zusatzvereinbarungen etc.). Die Genehmigungen können befristet oder mit Auflagen versehen

werden. Eine Versagung solle bei Gefahren für die Jugend oder die Allgemeinheit ausgesprochen werden, beispielsweise bei vorgesehenen Flatrate-Angeboten, oder bei einschlägigen Vorstrafen der/des Antragstellenden. Ferner solle eine Vermutung für die abhängige Beschäftigung in Prostitutionsstätten gelten, sodass die Sozialversicherungs- und Arbeitsschutzgesetze einschlägig werden. Damit könne die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die Zurückdrängung der Begleitkriminalität erreicht werden. Der KOK wird dieses Thema weiter verfolgen und hierzu informieren. Des Weiteren verweisen wir auf folgende vom KOK bereits abgestimmte Stellungnahmen: [Stellungnahme zur Pressemitteilung der Bundesregierung zum ProstG](#) und die [Stellungnahme des KOK e.V., Hydra e.V. und Phoenix e.V. vom 31.03.2008](#). Letztere stammt aus dem Reader „Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten – ein gangbarer Weg zur Verbesserung der Situation der Prostituierten und nachhaltigen Bekämpfung des Menschenhandels?“ des BMFSFJ vom Mai 2009.

+++ Gesetz zur Bekämpfung von Zwangsheirat verabschiedet

Am 17. März 2011 verabschiedete der Bundestag den Entwurf eines „**Gesetzes zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften**“ (BT-Drs. 17/4401). Auf Antrag der Regierungsfractionen wurden kurzfristig noch weitere Regelungen aufgenommen (BT-Drs. 17/5093). Das Gesetz beinhaltet hinsichtlich des Hauptgegenstands der Zwangsverheiratung drei wesentliche Änderungen: die **Einfügung eines eigenen Straftatbestands „Zwangsheirat“ in das Strafgesetzbuch**, die **Verlängerung der Antragsfrist zur Aufhebung einer unter Zwang geschlossenen Ehe von einem auf drei Jahre** im Bürgerlichen Gesetzbuch sowie die **Einführung eines erweiterten Wiederkehrrechts bzw. die Verlängerung der Rückkehrfrist im Aufenthaltsgesetz für Betroffene von Zwangsverheiratung**. Darüber hinaus wurde die sog. Residenzpflicht für Asylsuchende und Geduldete gelockert. Ein eigenständiger Aufenthaltstitel für geduldete und gut integrierte ausländische Jugendliche und Heranwachsende im Alter zwischen 15 und 21 Jahren wurde geschaffen. Häusliche Gewalt wurde als Härtefall explizit ins Gesetz geschrieben. Das Gesetz hat am 15. April 2011 den Bundesrat passiert. Trotz positiver Ansätze des Gesetzes bleiben nach Ansicht des KOK große Kritikpunkte bestehen. So ist das Rückkehrrecht abhängig von einigen Vorgaben, wie z.B. dem Erfordernis einer positiven Integrationsprognose der Rückkehrenden. Gleichzeitig wird die Verlängerung eines Aufenthaltstitels an den erfolgreichen Abschluss des Integrationskurses gekoppelt. Im Hinblick auf den eigentlichen Zweck des Gesetzes betrifft die am meisten kritisierte Änderung die Heraufsetzung der Mindestbestandszeit der Ehe von zwei auf drei Jahre, damit ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erworben werden kann. Auch die Aufnahme von häuslicher Gewalt als Härtefall schafft hier keine Abhilfe, da die Erfahrungen der Praxis zeigen, dass die Härtefallklausel häufig nicht greift, z.B. auf Grund von Beweisschwierigkeiten. Zu ausführlichen Erläuterung einzelner Kritikpunkte verweisen wir auch auf die Stellungnahmen des [Forums Menschenrechte](#), des [Deutschen Instituts für Menschenrechte](#), des [Bundesverbandes Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe](#), und [der Frauenhauskoordinierung e.V.](#) Weiterhin wird der KOK in Kürze eine Expertise zum Thema Zwangsverheiratung veröffentlichen.

+++ Neue Richtlinie gegen Menschenhandel erlassen

Am 21. März 2011 erließ der Europäische Rat eine neue **europäische Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel und zum Opferschutz** („PE-CONS 69/10“). Die neue Richtlinie enthält **Mindestvorschriften zur Definition von Straftaten und zum Strafmaß** in diesem Bereich. Sie **erweitert die Definition von Menschenhandel**, indem sie zum Beispiel

auch Ausbeutung durch erzwungene Betteltätigkeiten oder Zwangsarbeit unter Strafe stellt. Von Menschenhandel Betroffene sollen besseren Zugang zu Entschädigung erhalten. Zu den Präventionsmaßnahmen sollten Informations- und Aufklärungskampagnen, Forschung und regelmäßige Schulung von BeamtInnen gehören. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie bis März 2013 umsetzen. Weitere Informationen finden sich unter folgendem [Link](#). Der KOK hatte bereits im Vorfeld eine [Stellungnahme](#) zum Entwurf der Richtlinie veröffentlicht. Wir werden nun die verabschiedete Version der Richtlinie prüfen, auswerten und dazu Stellung nehmen.

F. INFORMATIONSMATERIAL UND PUBLIKATIONEN

+++ Neuerscheinung: „Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung“

In der Reihe „Strafrecht in Forschung und Praxis“ des Dr. Kovač-Verlags hat Lukas Hempel seine Dissertation zum Thema veröffentlicht. Das Buch gibt einen **Überblick über die Probleme des materiellen Strafrechts in Bezug auf Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung**, wobei die gleichnamige Vorschrift des § 232 StGB im Fokus der Bearbeitung steht. „Gleichwohl beschränkt sich der Verfasser nicht auf die Untersuchung dieser Kernvorschrift, sondern behandelt aufgrund des engen Zusammenhangs zu § 232 StGB ebenfalls den Tatbestand der Förderung des Menschenhandels gemäß § 233 a StGB, um so ein umfassendes Bild des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung im System des StGB vermitteln zu können“ (Kurzbeschreibung auf Verlagswebsite). Das Buch ist im Dr. Kovač-Verlag erschienen und kann über [amazon](#) bestellt werden.

+++ OSZE-Bericht über Ausbeutung der Arbeitskraft in Privathaushalten

Am 28. Februar 2011 stellte die OSZE Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, Maria Grazia Gianmarinaro, eine **Analyse von Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft in Privathaushalten** vor. Der Bericht mit dem Titel **„Unprotected Work, Invisible Exploitation: Trafficking for the Purpose of Domestic Servitude“** basiert auf Literaturrecherche, Analysen von Fallstudien und der Arbeit von NGOs und will Licht auf eine der unsichtbarsten Formen der modernen Sklaverei werfen. Der Bericht kann unter diesem [Link](#) eingesehen werden.

+++ Handbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Thema Arbeitsausbeutung von MigrantInnen

Der Internationale Gewerkschaftsbund (ITUC) hat ein Handbuch für Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen zum Thema **Arbeitsausbeutung von MigrantInnen veröffentlicht**. Der Bericht mit dem Titel **„Never work alone – Trade Unions and NGOs joining forces to combat Forced Labour and Trafficking in Europe“** ist das Ergebnis eines zweijährigen Projekts, in welchem Gewerkschaften und NGOs sich gegenseitig über ihre Initiativen und Ansätze im Kampf gegen moderne Formen der Sklaverei und Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung ausgetauscht haben. Der KOK war in das Projekt eingebunden und hat an einem von drei regionalen Workshops in Madrid im Frühjahr 2010 teilgenommen. Der Bericht kann [hier](#) abgerufen werden.

+++ Neuerscheinung: „Früher war hier das Ende der Welt“

Der promovierte Jurist und Journalist Florian Klenk, Träger des Concordia-Preises für Menschenrechte, hat im März 2011 einige seiner Reportagen unter dem Titel „**Früher war hier das Ende der Welt**“ veröffentlicht. Seine Berichte drehen sich um das Auffanglager Pavshino im Ländereck der Slowakei, Ungarn und der Ukraine. Es ist ein Auffanglager für all jene, die bei dem Versuch illegal in den EU-Raum zu gelangen, gefasst wurden. „Florian Klenk berichtet, lakonisch und immer hart am Thema, von Kriegsflüchtlingen, internationalem Mädchenhandel oder von den Methoden verdeckter Drogenermittler. Seine investigativen Reportagen gehen an die Grenze des Vorstellbaren“ (Kurzbeschreibung auf Verlagswebsite). Das Buch ist im Zsolnay Verlag der Hanser-Verlage erschienen und kann über die [Verlagswebsite](#) bestellt werden.

+++ Neuerscheinung: „Sklaverei. Im Innern des Milliardengeschäfts Menschenhandel“

Lydia Cacho, mexikanische Journalisten und Menschenrechtlerin, ist seit Jahren undercover weltweit **Menschenhändlern auf der Spur und hat jetzt die Ergebnisse ihrer Recherchen in einem Buch veröffentlicht**. Lydia Cacho konnte mit ihrem ersten Buch 2005 einen mächtigen Pädophilenring in Mexiko aufdecken, wurde danach verhaftet, gefoltert und ist bis heute, trotz ihres Freispruchs, starken Repressionen ausgesetzt. Sie „analysiert die weltweit verbreitete Kultur des Sexismus, weist eindrücklich nach, wie sexuelle Gewalt in diversen Kriegen gezielt als Waffe eingesetzt wird und welche neue Formen der Ausbeutung durch das Internet entstanden sind“ (Kurztext auf der Verlagsseite). Das Buch kann über die [S. Fischer Verlagsseite](#) bestellt werden und ist seit dem 10. März im Handel erhältlich.

+++ Neuerscheinung: Zwangsehen – wenn das Familieninteresse über die Liebe siegt

Das im Januar 2011 erschienene Buch, herausgegeben von Tuuli Urban, bietet einen **Überblick über Zwangsehen**. Bei den Betroffenen von Zwangsheirat handele es sich zumeist um Menschen aus islamisch geprägten Ländern bzw. Familien: „weltweit werden mehr als sechzig Millionen junge Menschen zur Zwangsehe genötigt, in Deutschland schätzungsweise tausend junge Frauen jährlich, sowie eine hohe Dunkelziffer junger Männer“ (Kurzbeschreibung auf Website). Das Buch ist im FastBook Publishing-Verlag erschienen und kann über [amazon](#) bestellt werden.

+++ Neuerscheinung: „Mit Recht gegen Gewalt“

Dr. Nivedita Prasad, von der Berliner Organisation Ban Ying, hat ein **Handbuch für die Praxis im Umgang mit den UN-Menschenrechten vorgelegt**, das am 8. März erschienen ist. Es richtet sich an SozialarbeiterInnen, andere BeraterInnen und NGO-VertreterInnen, die gleichermaßen Informationen benötigen, „um die Chancen des UN-Menschenrechtsschutzsystems für ihre KlientInnen zu erschließen“ (Kurzbesprechung des Buchs). Das Buch gibt einen Überblick über den Menschenrechtsrahmen der Vereinten Nationen und deren Anwendungsmöglichkeiten und widmet sich der Frage „wie die UN-Menschenrechtskonventionen ganz konkret handhabbar und nutzbar werden“ sollen (ebda.). Das Buch will dazu beitragen, dass längerfristig das Thema Gewalt gegen Frauen vor den Vereinten Nationen verhandelt wird. Die Organisation Ban Ying ist Mitglied im KOK. Das Buch ist im Budrich-Verlag erschienen und kann über die [Verlagswebseite](#) bestellt werden.

Mit einer Spende unterstützen Sie die Kontinuität unseres Kampfes für die Rechte und Unterstützung für von Menschenhandel und Gewalt betroffene Frauen.

Jede Spende hilft!

**Spendenkonto:
Evangelische
Darlehensgenossenschaft eG
Konto Nr.: 791 296
BLZ.: 210 602 37**

KOK- Spendentelefon: 0900 156 53 81

Bei einem Anruf werden direkt 5 EUR (davon fallen 0,75 Cent als Bearbeitungsgebühr des Telefondienstes an) zugunsten des KOK e.V. von Ihrer nächsten Telefonrechnung abgebucht.

Der KOK ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein und stellt Spendenbescheinigungen aus.

RUBRIK WISSEN

+++ Studie zu Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung erfolgreich abgeschlossen

Im März wurde die vom KOK im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) koordinierte Studie „Entwicklung tragfähiger Unterstützungsstrukturen für die Betroffenen von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung in Deutschland“ fertiggestellt und dem Ministerium übergeben. Die am 25.11.2009 gestartete Studie wurde somit erfolgreich abgeschlossen. Sie umfasst 464 Seiten und wird voraussichtlich im Juni veröffentlicht.

Hintergrund und Inhalte der Studie

Mit dem 37. Strafrechtsänderungsgesetz vom 19.2.2005 und der Einführung des Straftatbestandes § 233 StGB wurde in Deutschland der gesetzliche Rahmen zur Verfolgung des Deliktes Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft geschaffen. Doch bis heute sind der Kenntnisstand zur tatsächlichen Ausprägung und zum Ausmaß des Phänomens gering und verfügbare Daten widersprüchlich. Die Studie soll wesentlich dazu beitragen, vorhandene Wissenslücken zu schließen. Sie ist in zwei Teilstudien, sogenannte Lose, gegliedert:

LOS 1: Studie zum Erhalt fundierter Erkenntnisse über die Vorkommensweise und Häufigkeit sowie die rechtliche Einordnung des Phänomens Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung in Deutschland

- Norbert Cyrus, Katrin de Boer, Deliana Popova: *Konstellationen potenzieller Fälle von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung*
- Joachim Renzikowski: *Strafverfahren zu Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung seit Einführung des § 233 StGB*
- Norbert Cyrus, Katrin de Boer: *Darstellung und Analyse der Vorkommensweise des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung*
- Claudia Kestermann, Petra Rump, Maria-Luise Busse: *Untersuchung der polizeilichen und strafrechtlichen Verfahren im Bereich des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung*
- Heike Rabe, Simone Katter: *Untersuchung der arbeitsgerichtlichen Verfahren im Bereich des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung*
- Anette Schmidt: *Untersuchung des aufenthaltsrechtlichen Status' Betroffener von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung*

- Katrin Inga Kirstein: *Untersuchung der Alimentierung Betroffener von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung*
- Katrin Inga Kirstein: *Untersuchung der Anwendbarkeit des Opferentschädigungsgesetzes für Fälle von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung*
- Katrin Inga Kirstein: *Untersuchung der Anwendbarkeit der gesetzlichen Unfallversicherung für Fälle von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung*
- Joachim Renzikowski: *Menschenrechtsstandards im Kontext der Bekämpfung des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung*
- Joachim Renzikowski: *Analyse der geltenden Rechtsvorschriften zu Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung*
- Dita Vogel: *Schätzung der Häufigkeit und Vorkommensweise des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung*

LOS 2: Studie zur Erarbeitung möglicher Kooperationsstrukturen auf Bundesebene und Entwicklung eines Konzepts der Präventions- und Informationsarbeit im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung

- Norbert Cyrus: *Unterstützung für Opfer von Menschenhandel – Einführung in ausgewählte Aspekte des Forschungsstands*
- Bärbel Heide Uhl: *Tragfähige Unterstützungsstrukturen für gehandelte Menschen am Beispiel europäischer und internationaler Konzepte*
- Ulrike Gatzke, Nicole Garbrecht: *Strukturen zur Unterstützung und Vernetzung in Deutschland für den Bereich Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung – Übersicht und Prüfung der Übertragbarkeit auf den Bereich Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung*
- Norbert Cyrus: *Bestandsaufnahme und Beispiele guter Praxis der Unterstützungsstrukturen in Deutschland*
- Norbert Cyrus: *Bestimmung der Bewertungskriterien und Diskussion möglicher Unterstützungskonzepte*
- Norbert Cyrus, Ulrike Gatzke: *Modellvorschlag: Dezentrale Vernetzung als tragfähige Unterstützungsstruktur für Opfer von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung*
- Helga Kröger: *Konzept für Präventions- und Informationsarbeit für die Zielgruppe der Betroffenen und der Öffentlichkeit*

Vorbestellung

Schon vor der Veröffentlichung wird der Studie großes Interesse sowohl aus Deutschland als auch international entgegengebracht; es liegt bereits eine Vielzahl an Vorbestellungen vor. Gerne nehmen wir Sie in den Verteiler für die Studie auf und informieren direkt nach der Veröffentlichung per E-Mail über die verschiedenen Bezugsmöglichkeiten! Zu diesem Zweck adressieren Sie bitte eine E-Mail an info@kok-buero.de und tragen in die Betreffzeile „Vorbestellung Studie Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“ ein.

Berlin, den 18.04.2011